

Nûnertiya Rêveberiya Xweser a Bakur  
û Rojhilatê Sûriyeyê li Almaniya  
Kuzey ve Doğu Suriye Özerk Yönetimi  
Almanya Temsilciliği



ممثلة الإدارة الذاتية لشمال وشرق  
سوريا في ألمانيا  
مكتبه في برلين  
مكتبه في هامبورغ  
مكتبه في كولن

Vertretung der Demokratischen Selbstverwaltung  
von Nord- und Ostsyrien in Deutschland

---

## Erklärung zur Ermordung von Ahmed Mamo in Afrin

Seit Jahren verüben türkische Söldner mit Unterstützung der Türkei in Afrin und den anderen besetzten Gebieten Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverstöße. Diese Verstöße nehmen von Tag zu Tag zu, was auf das Chaos zurückzuführen ist, das dort herrscht, sowie auf die Veränderung der Bevölkerungsstruktur dieser Gebiete.

Die Ermordung des Kindes Ahmed Mamo in Afrin durch Menschen aus anderen Regionen, die nach Afrin umgesiedelt wurden, ist eines der gefährlichen Ergebnisse der Politik der Türkei und ihrer Söldner in unseren besetzten Gebieten. Bereits am Vorabend des Newroz-Festes im vergangenen Jahr wurden mehrere Kurden getötet, ganz zu schweigen von anderen täglichen Übergriffen. Das Ergebnis ist das oben erwähnte Chaos.

Wir, die Demokratische Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien verurteilen diese Verstöße und rufen alle Menschenrechts- und humanitären Institutionen dazu auf, ihre Pflicht zu erfüllen und ihrer Verantwortung in Bezug auf die Geschehnisse in Afrin und in den anderen besetzten Gebieten nachzukommen. Gleichzeitig rufen wir dazu auf, Untersuchungskommissionen zu bilden, die unparteiisch und unabhängig die Verstöße in diesen Gebieten dokumentieren, die Täter vor Gericht bringen und zur Rechenschaft ziehen.

Angesichts dieser Verstöße und der anhaltenden Besatzung kann keine Stabilität erreicht werden, zumal wir im dreizehnten Jahr der Syrienkrise leben. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um Stabilität zu erreichen und rufen alle nationalen syrischen Kräfte dazu auf, eine nachhaltige, demokratische Lösung für die Syrienkrise auf der Grundlage der syrischen Einheit zu entwickeln.

Demokratische Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien,

15. März 2024